

IGI-Gegner und Bauernverband schließen sich Bodenschutz-Bündnis an

🕒 LESEDAUER: 3 MIN



Die Bürgerinitiative protestiert schon lange gegen das geplante Industriegebiet im Rißtal. Jetzt schließt sie sich dem bundesweiten Bodenschutz-Bündnis an. (Foto: Andreas Spengler)

IGI-Gegner und Bauernverband schließen sich Bodenschutz-Bündnis an

Der Bauernverband Biberach-Sigmaringen und die Bürgerinitiative (BI) Schutzgemeinschaft Ristal treten dem Bundesbündnis Bodenschutz bei. Das geht aus einer Mitteilung der BI hervor.

Die hierzu groß angelegte Kampagne zum Thema „Bodenschutz – gegen Flächenfraß“ startet am Freitag, 14. Juni, um 11 Uhr, Treffpunkt ist am alten Rathaus in Herrlishöfen. Dort wird der Beitritt mit einer offiziellen Unterschrift besiegelt.

Die BI und die Bauern sind dagegen, dass im Rißtal 450 000 Quadratmeter (m²) „bester Ackerboden und natürliche Rückhalteflächen“ für Regenwasser, wie es in der Mitteilung wörtlich heißt, dem geplanten interkommunalen Industriegebiet geopfert werden sollen.

Ingrid Hagenbruch von der Bürgerinitiative Breitwiesen in Weinheim hat mit dem Zusammenschluss von zahlreichen Bürgerinitiativen, Organisationen und Einzelpersonen das Bundesbündnis Bodenschutz Anfang 2019 ins Leben gerufen. Ziel des Bündnisses ist ein neues Bewusstsein für den Wert intakter Böden. Verdichteter, bebauter oder versiegelter Boden verliere seine natürlichen Funktionen für immer, schreiben die Initiatoren.

Böden gehören demnach zu den komplexesten Ökosystemen überhaupt und sind das Fundament die wichtigste Ernährungsgrundlage der Menschheit. In Deutschland würden täglich über 600 000 m² Fläche verbraucht, heißt es unter Berufung auf das Umweltbundesamt.

Darüber werde in den Kommunen entschieden. Das Bundesbündnis Bodenschutz beklagt, dass Bundes- und Landesregierungen sowie Kreise und Gemeinden zwar zu Boden- und Klimaschutz aufrufen würden, ihn aber nicht konsequent umsetzen. „Lieber bauen wir meterhohe Mauern und metertiefe Gräben zum Schutz vor Starkregen, verzichten auf die Kühlleistung der Böden gegen überhitzte Siedlungsflächen und geben unsere Böden als regionale Versorgungsstandorte auf“, schreibt das Bündnis.

Das Bundesbündnis Bodenschutz ruft die Bevölkerung, die Industrie und die politischen Entscheidungsträger zum gemeinsamen Handeln auf. Die Energiewende sei eingeläutet; genauso brauche es eine „Flächenwende“.